

Beilage, 19. Juni.

Nach die deutsche Fortschrittspartei ist nunmehr in den Wahlkampf eingetreten; ihr Wahlauftrag, aus dem wir bereits einige bezeichnende Stellen mittheilen, lautet:

Wähler! Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahlen haben in wenigen Wochen bevor. Nach den Erklärungen der Reichsregierung kommt es darauf an, Abgeordnete zum Reichstage zu wählen, welche der Socialdemokratie kräftig entgegenstehen. Für die deutsche Fortschrittspartei ist dies keine neue Aufgabe. Sie hat von jeher in der vordersten Linie des Kampfes gegen die Socialisten gestanden. Von dem ersten Auftreten Kautskis gegen Schulze-Delphich an bis in die letzten Tage des aufgelösten Reichstags ist sie stets einer Partei entgegengetreten, von der sie sofort erkannte, daß deren Bestrebungen unvereinbar seien mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Nation, verderblich für die wirtschaftliche Entwicklung und die Freiheit des Ganzen, wie jedes Einzelnen. Die Fortschrittspartei hat den Kampf gegen die Socialdemokratie aufgenommen zu einer Zeit, wo es noch zweifelhaft erschien, ob nicht die Regierung sich des Bestandes derselben gegen die Liberalen verschern wollte. Sie hat den Kampf geführt vor den Wählern, in der Presse, in den Parlamenten. Sie wird auch nicht müde werden, den Kampf mit Nachdruck und Entschiedenheit fortzusetzen, um den Grenzposten, auf welchen sie in demselben getreten ist, zu behaupten. Die deutsche Fortschrittspartei erwartet einen bleibenden Sieg der Staatsrechtlichen Kräfte nur auf dem Boden des gemeinen Rechts. Sie verlangt von der Regierung rasche und feste Wiederherstellung jedes Versuches einer gewaltsamen Beherrschung der Rechtsordnung, strenge und unparteiische Handhabung der Gesehe gegenüber jeder Ausschreitung. Sie ist bereit, jede Vorlage der Regierung vorurtheilsfrei zu prüfen, welche Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung in dieser Richtung erstrebt. Aber die Fortschrittspartei muß es ablehnen, den Gegensatz der Classen, wie ihn die Socialdemokratie thatsächlich aufweist, gesetzlich anzuerkennen. Nach ihrer Ueberzeugung würde die Geschichte auch diesmal keine Ausnahme machen von der Lehre, die sie predigt, daß eine Bewegung der Geister (?) mit geistigen Mitteln zum Stillstande gebracht werden muß und eine Nachkehr der Gesetzgebung zur Rechtsungleichheit und damit zur Ungerechtigkeit und Willkür eine solche Bewegung eher schüren und aus der Öffentlichkeit in das Geheimniß gefährlicher Verschämung zwingen würde. Nach über diesem Kampfe wird die deutsche Fortschrittspartei wie bisher niemals vergessen, alle diejenigen Einrichtungen kräftig zu fördern, welche die Hebung der Arbeiter in wirtschaftlicher, intellectueller und sittlicher Beziehung bezwecken. Was wir bekämpfen, ist die Weltentwöhnung von Sonderinteressen, durch welche Staat und Gesellschaft zerstückelt werden. Darum treten wir allen Versuchen entgegen, welche das derzeitige Dasein niedrigerer unter wirtschaftlichen Verhältnissen zur Bildung einzelner Interessengruppen benutzen möchten, um gleich der Socialdemokratie für ihre nicht selten durch eigene Schuld geschädigten Interessen Staatskräfte auf Kosten aller Uebrigen zu fordern. Nur allzu sehr wird das notwendige Ansehen der Gesehe und der Staatsgewalt auch durch solche Parteilichkeiten untergraben, welche unter conservativer Firma die heute unter der Sanction des Kaisers und der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers erlassenen Gesehe morgen in angeblichen Interesse derselben Staatsautorität als die Quelle alles Uebels verdächtigen. Die volle Autorität des Gesehes und der Staatsgewalt wird nur dann gesichert werden, wenn nicht nur die Parteien, sondern auch die Regierungen von der Ueberzeugung sich durchdringen lassen, daß die Kraft des politischen Handelns nicht in beständigen Kampfe, sondern in enger Zusammenwirkung mit der Weisheit der Volksvertretung beruht. Nach wie vor hält unsere Partei an der Ueberzeugung fest, daß der Ausbau des jungen deutschen Reiches nur auf den Grundlagen staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit, gleichen Rechts und parlamentarischer Vertretung erfolgen kann. Hier liegt die Macht, welche die Erschütterungen des Augenblicks überwinden und den zugleich harten und freien Staat über alle Umsturzwelle triumphieren lassen.

Wähler! Die Wahlen fallen in eine Zeit, wo die Nation ihre Ehre angefaßt sieht durch zwei kurz auf einander folgende Werdoverleuge gegen das gebilligte Haupt ihres Kaisers. Aber die Treue, Dingebung und Verehrung, welche das deutsche Volk dem Kaiser weihen, befinden sich zugleich, wie fest das deutsche Reich in den Herzen seiner Bürger verankert ist. Im vollen Einklange dieser Gefühle weilt die deutsche Fortschrittspartei mit Entschiedenheit jeden Versuch zurück, die tiefgehende Bewegung dieser Tage zu Gunsten einzelner Parteilichkeiten und reactionärer Bestrebungen auszubreiten.

Wähler, verseht nicht über der Erregung des Augenblicks, daß der neue Reichstag nicht bloß berufen sein wird, Maßnahmen gegen die Socialdemokratie zu beraten, sondern daß er, für drei lange Jahre gewählt, in diesem Zeitraum die schwerwiegendsten Fragen der Reichsverwaltung und der künftigen Gestaltung des Militärdienstes zu entscheiden haben wird. Es gilt den Volkshaushalt gegen neue Steuerbelastung, große Erwerbsverweigerung, Beunruhigung durch bedenkliche Projekte, wie Labakmonopol, Reichsbahnlinien u. s. w. zu stellen. Unsere Partei hat in allen diesen Fragen eine klare und offene Stellung eingenommen, und bedarf keines neuen Programmes. Am Volke ist es jetzt, der deutschen Fortschrittspartei im Parlamente neue Kraft zu verleihen, um ihre alte feste Stellung gegen jeden Ansturm wirksam zu behaupten.

Berlin, 17. Juni 1878.

Namend der deutschen Fortschrittspartei: Bernhardt, Büchner, Bürger, Gärten, Gertz, Gofeldt, Grünhagen, Haerel, Max Hirsch, Hoffmann, Hermann, Hausmann, Kay, Knödel, Karsten, Kanperband, Ludwig Löwe, Mendel, Parisius, Eugen Richter, Rung, v. Sauten, Juliane, v. Schmidt, Strömann, Schulze-Delphich, Träger, Birkow, Bultschheim, Heule, Zimmermann.

Wir müssen sagen, daß dieser Aufruf den Standpunkt der Fortschrittspartei, den wir allerdings nicht zu theilen vermögen, mit großer Mäßigung darlegt, mit einer Mäßigung, die um so anerkannterwerth ist angesichts der bekanntlich gebührenden Ausfälle der conservativen Presse. Diese eröffnete nach dem schrecklichen Ereigniß vom 2. Juni einen Feldzug leidenschaftlichster Art — gegen den Socialismus? nein, gegen den Liberalismus. Gar viele mögen befürchten, Manche vielleicht gehofft haben, daß die Abwehr mit gleicher Leidenschaftlichkeit erfolgen werde. Statt dessen tragen die

Wahlaufrufe beider liberalen Parteien das Gepräge der Ruhe und Besonnenheit — wie dies ja auch dringender notwendig ist in einem Augenblicke, in welchem der höchstmögliche Grad von Friedfertigkeit unter den Ordnungsparteien herrschen soll. An der Rundgebung des nationalliberalen Centralwahlcomité wurde dies bereits hervorgehoben. Keinesfalls kann jetzt von dem Manifest der Fortschrittspartei gefagt werden, und das Organ der nationalliberalen Partei, die „Nat.-Lib. Correspondenz“, erkennt dies ausdrücklich an, indem sie sagt: In einem Augenblicke, da einstimmig verurtheilte Frevelthaten zum Vorschein gekommen werden, um eine lange, durch unsagbare Opfer errungene politische Entwicklung in ihren Grundlagen umzukehren, ist es auch für den hartgesottenen Politiker kein Leichtes, das rechte Maß zu bemahren. Um so rückhaltloser erkennen wir es an, daß die Erklärungen der Fortschrittspartei wohl niemals so sehr von einer weisen Mäßigung beherrscht gewesen sind, wie heute. — Die und da ist, gegenüber der den liberalen Bestrebungen drohenden gemeinsamen Gefahr, der Vorschlag einer Verschmelzung der nationalliberalen mit der Fortschrittspartei gemacht worden. Sicherlich in der besten Absicht; aber seine Durchführung wäre schon aus tatsächlichen Gründen ein schwerer Fehler gewesen. Im Angesichte des Feindes ist es unmöglich, die ganze Parteiorganisation zu verändern. Und wer eine Abmahnung davon hat, mit welcher unendlicher Mühe die alte Organisation errichtet ist, der erkennt leicht, daß eine Fusion bei der jetzt noch zur Verfügung stehenden kurzen Zeit für die liberale Armee eher eine verhängnisvolle Verwirrung, als eine wesentliche Kräftigung hätte zur Folge haben können. Aber auch sachliche Hindernisse stehen entgegen. Die Scheidung zwischen nationalliberaler und Fortschrittspartei ist eine historische Thatsache. Die Ursachen, welche sie herbeigeführt, wirken auch heute noch fort. Freilich in manchen Theilen des Reichs ist dieser Unterschied im Volke selbst niemals recht zum Bewußtsein, wenigstens nicht zum sichtbaren Ausdruck gekommen; in anderen Theilen dagegen besteht er in aller Form, und es lag kein sachlicher Grund vor zu einer Neuerung. Darüber aber kann und darf kein Zweifel sein, daß die liberalen Parteien im jetzigen Wahlkampfe allen Hader unter einander vermeiden und die Angriffe auf den Liberalismus Schalter an Schalter zurückweisen müssen. Die Späne der Vergangenheit seien vergessen, und an Stelle der kleinlichen localen rivalitäten walte auf beiden Seiten volle Loyalität! Niemand wird sich anmaßen, von einem Centralpuncte aus für das gegenseitige Verhalten der Parteien im ganzen Lande bestimmte Directiven zu geben. Für den allgemeinen Vertheidigungskampf gegen die reactionären Tendenzen aber ergibt sich die taktische Forderung von selbst in der Wollsteinschen Maxime: „Getrennt marschiren, vereint schlagen.“ — Ob dies auch von dem Verhältnis beider Parteien in Sachen gelten kann, hängt von dem Vorgehen unserer sächsischen Fortschrittsmänner ab. Der Reichsverein für Sachsen hat seine Pflicht gethan und abermals die Hand zur Vertheidigung geboten; hoffen wir, daß sie diesmal nicht ausgeschlagen werde. — Mit doppelter Spannung sind nunmehr, nachdem die Aufrufe der Liberalen vorliegen, die Aufrufe der conservativen Parteien zu erwarten. Welche Beseitigung in ihrem Lager sich zeigen, haben ihre Presseorgane zur Genüge erkennen lassen. In die Hand der anerkannten Führer ist es jetzt gegeben, ob diese Beseitigung geduldet werden oder ob sie einen Brand von unüberwindlichen Folgen entzünden sollen. Die führenden Kreise der liberalen Parteien haben ihr Möglichstes gethan, der Wahlbewegung einen solchen Charakter zu geben, daß trotz der Gefährlichkeit des Auflösungsversuchs das Vaterland keinen dauernden Schaden erleidet. Warten wir nun, wie die anderen Parteien ihrer Verantwortlichkeit für das allgemeine Wohl gerecht werden.

ich sagen, derraft ist, daß dieser Anschauung dadurch mehr Gewicht geleistet wird. Und ich darf ja als Factum hinzusetzen: in keiner Nation der Welt sind auch die socialistischen Anschauungen so sehr gerade von den gebildeten Classen vertreten, so sehr bis in die gelehrten Kreise hinein vertreten, wie in Deutschland selbst. Und weiter sagte er mit Bezug auf die socialdemokratischen Agitatoren: „Ich glaube, daß wirklich auch Männer genug unter diesen Führern sind, die an ihre Sache glauben, und die mit Begeisterung handeln. Ich will aber nur sagen, daß ich weit entfernt bin, das für den allgemeinen Zug dieser Bestrebungen zu halten, und noch weniger glaube ich an die geistliche Protektion. Ich glaube, wenn die Herren und je eher je lieber todtgeschlagen und dadurch ihr Regiment auf eine Weile einführen könnten, so würden sie es thun, und ich bin auch nicht so idealistisch, daß ich, wie der Herr Abg. Pader, glaube, daß, wenn in Berlin eine unglückliche Confectionärei käme wie in Paris, die Hände der friedlichen Bürger genügen würden, um sich zu schützen.“ — Nein, meine Herren, auf diesem sündlich rosenrothen Standpunct stehen weder ich noch eine Anzahl meiner Freunde. Darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. — Die „Post“ frägt am Schluß ihrer Erinnerung: „Kann ein Unbefangener noch zweifelhaft sein, auf welcher Seite die Gefahren verlannt worden sind?“ Wir stellen Dem die Frage entgegen: Kann ein Unbefangener noch zweifelhaft sein, auf welcher Seite alle Lokalität der Discussion außer Acht gelassen wird?

Ein überaus bemerkenswerthes Zeichen der Lage ist ein Artikel der conservativen „Eibinger Zeitung“, welcher von der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ an hervorragender Stelle wiedergegeben wird. Der Artikel nimmt Bezug auf die Auslassungen der „Provinzialcorrespondenz“ über die „Ziele der Regierung“ und führt fort: „Bestimmt ist diese Sprache nicht im mindesten. Welches sind denn diese Ziele und weshalb jügere die Regierung, sie offen auszusprechen? Diese Frage liegt heute gar zu nahe. Wenn die Regierung sich, wie es in dem betreffenden Artikel heißt, nun „an das Gewissen der Nation wendet“, so darf auch erwartet werden, daß sie deutlich und deutlich, was sie darunter versteht.“ — Die deutschconservative-freiwilligregimentale „R. A. Z.“ hat diesen Sätzen nichts hinzuzusetzen; wir auch nicht. Hervorgehoben zu werden verdient aber noch folgender Satz: „Die staatsstreuen Elemente aber, solcher die hinweg man die Gesetzgebung rollen ließ, sie sehen gespanntes Blickes dem kommenden Ereignissen entgegen.“ Hier wird also ganz deutlich gegen die „neueren liberale Gesetzgebung“, wie es kurz vorher heißt, der Vorwurf erhoben, daß sie die „staatsstreuen Elemente“ zu Boden getreten habe. Die betreffenden Gesehe tragen bekanntlich die Unterschrift Sr. Majestät des Kaisers und Königs und sind erlassen unter der Verantwortlichkeit des Fürsten Bismarck. Trotzdem hat die „R. A. Z.“ auch dieser Anklage keine Spalte hinzuzusetzen.

In demselben Augenblicke, da gegen die den öffentlichen Frieden gefährdenden Aufreizungen der socialdemokratischen Agitation die ganze Strenge der Gesehe in Anwendung gebracht wird, nimmt die christlich-socialistische Deheretie lustig ihren Fortgang. Die neueste Nummer des „Staats-Socialist“ bezeichnet das Verbot der Sticker'schen Propaganda in Hamburg als „eine ganz bornirte Krämerpolitik“, eifert gegen die „mammonistische Presse“ gegen den „Geldsack“, gegen das „manchesterliche Vankrottythum“, womit das heute gesetzlich bestehende Wirtschaftssystem gemeint ist. Von dem letzteren heißt es, daß es bei noch längerer Fortdauer das neue Reich unfehlbar auf die wirtschaftliche Stufe der Türkei bringen würde. In der liberalen Presse vermischt das Blatt des Herrn Pastor Lott, jede pflichtschuldige Dankbarkeit dafür, daß wir und unsere Gesinnungsgenossen von der Regierung noch kein polizeiliches Abwehrgefege gegen das staatsmörderische und die sociale Revolution erzeugende Manchestertum und diejenige Partei und Presse verlangten, welche jenes unheilvolle Wirtschaftssystem über Deutschland brachten und es noch jetzt aller Wissenschaft und Erfahrung zum Troz vertheidigen.“ Wie lange soll das noch so fortgehen?

Aus Berlin, 18. Juni, berichtet die „Magd. Zig.“: Eine schon anderweitig bekannt gewordene Mittheilung wird uns bestätigt, daß nämlich der Reichskanzler Fürst Bismarck am Anfang der vorigen Woche im Bundesrathe die Cabinetsfrage gestellt hat, um ein einstimmiges Votum zu Gunsten des preussischen Antrages auf Auflösung des Reichstages zu erzielen. Ohne dies würden sowohl Baden wie die Hansestädte und einige andere Mittel- und Kleinstaaten mit Nein gestimmt haben. Es wird uns sogar hinzugesagt, daß Fürst Bismarck auch im preussischen Ministerrathe nur durch den Beistand des Kronprinzen, der anfänglich ebenfalls dem Auflösungsbedanken nicht besonders freundschaftlich gestimmt war, seinen Plan durchgesetzt hat.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Die Ernennung des Präsidenten des Reichskanzleramts zum Stellvertreter des Reichskanzlers in Finanzangelegenheiten hat zu Zweifeln darüber Veranlassung gegeben, ob die Errichtung eines Reichschatzamt und die Ernennung eines Unterstaatssecretairs für dasselbe überhaupt noch in der Absicht der kaiserlichen Regierung liege. Diese Zweifel sind unbegründet. Die bezeichneten Maßregeln werden ins Leben treten, sobald die dazu nöthigen und im Gange befindlichen Vorbereitungen vollständig getroffen sind. Bis dahin aber war die Anordnung einer Stellvertretung in der Finanzverwaltung um so nöthiger, als der Reichskanzler während des Congresses noch mehr wie sonst durch andere Geschäfte in Anspruch genommen ist. Die einstweilige Vertretung konnte, da die

allgemeine Finanzverwaltung des Reichs zur Zeit noch zum Geschäftskreise des Reichskanzleramts gehöre, nach dem Wortlaut des Stellvertretungsgefehes nur dem Präsidenten dieser Behörde übertragen werden.

In den letzten Tagen sind fast alle Oberpräsidenten in Berlin gewesen. Laut der „Kreuzzeitung“ steht deren Anwesenheit wohl mit den Vorbereitungen für die Wahlen in Verbindung.

Das „Militärwochenblatt“ meldet, daß Prinz August von Württemberg, Gen.-Oberst und commandirender General des Gardecorps, bis auf Weiteres mit Wahrnehmung der Functionen als Oberbefehlshaber in den Marken beauftragt ist. Zur Dienstleistung bei dem Obercommando in den Marken ist der Major Münnich vom großen Generalstabe bis auf Weiteres commandirt worden.

Von den einzelnen preussischen Ministerien sind Rundschreiben erlassen worden, welche die Aufmerksamkeit ihrer Beamten und der ihrem Ressort unterstehenden Behörden auf die wachsende socialdemokratische Agitation gelenkt haben. So ist auch den Handelsvorständen und somit auch den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft folgendes Schreiben des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zugegangen:

„Die traurigen Ereignisse der jüngsten Zeit haben mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt, welche Früchte die socialdemokratische Agitation der letzten Jahre gezeitigt hat und welche Gefahren dem Vaterlande aus dem ungehinderten Fortgange derselben drohen würden. Sie stellen daher nicht nur an die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates, sondern auch für alle Classen der bürgerlichen Gesellschaft die dringende Aufgabe, jenen Agitationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Insbesondere werden auch die Vertreter der Industrie sich angefordert fühlen müssen, durch eine energische, vereinigte und planmäßige Selbstthätigkeit dafür zu sorgen, daß jene Agitationen von dem in ihren Unternehmungen beschäftigten Personal fern gehalten und, wo sie bereits Boden gefunden haben, wieder beseitigt werden. Aus öffentlichen Rundgebungen habe ich zu meiner Friedigung erfahren, daß die Industrie in einzelnen Kreisen sich dieser Aufgabe bereits bewußt gemacht hat. Es wird aber Pflicht aller Handelskammern und kaufmännischen Corporationen sein, in ihrem Kreise die Erkenntniß zu verbreiten und zu befestigen, daß der Stand der Arbeitgeber nicht nur eine dringende patriotische Anforderung erfüllt, sondern auch seinem eigenen Lebensinteresse dient, wenn er den natürlichen Einfluß, welchen er auf die Arbeiter ausüben vermag, in entschiedener und planmäßiger Weise benutzt, um selbst unter Hinzunahme augenblicklicher Geschäftsinteressen die socialdemokratische Agitation zu bekämpfen. Ohne auf die mancherlei Mittel einzugehen, welche eine wohlwollende und verbindliche gemeinliche Thätigkeit zur bestmöglichen Einwirkung auf die arbeitenden Classen des Arbeitgebers darbietet, will ich namentlich darauf aufmerksam machen, daß jeder unter ihnen im Stande ist, nicht nur im persönlichen Verkehr mit seinen Arbeitern durch Belehrung und Ermahnung auf dieselben einzuwirken, sondern auch durch aufmerksame und kräftige Beaufsichtigung der Arbeitsräume dafür Sorge zu tragen, daß das Zusammenfinden der Arbeiter nicht zu socialdemokratischen Agitationen, zum Bertheilen oder Verlesen von socialdemokratischen Zeitungen und Schriften, wie es so leicht mitunter geschehen sein soll — gemisbraucht werde und daß solche Elemente, welche den Mahnungen des Arbeitgebers kein Gehör schenken oder sogar die socialdemokratischen Lehren unter ihren Mitarbeitern zu verbreiten suchen, aus den Fabriken und Werkstätten entfernt werden. In dem patriotischen Sinne der Herren Reichstagsmitglieder ist es sehr zu begrüßen, daß dieselben sich angelegen sein lassen werden, in dem von ihnen vertretenen Kreise des Handelsstandes die Erkenntniß von dem, was unter den gegenwärtigen Umständen Noth thut, kräftig zu fördern.“

Seitens der Führer der Socialdemokratie wird der nach Gotha anderwärts gewesene, aber auch Anlag des zweiten Attentats auf den Kaiser definitiv verbundene dießjährige Congress keineswegs als ausgefallen, sondern nur als „aufgehoben“ betrachtet. Wie man der „Wes.-Zig.“ aus Thüringen von unterrichteter Seite mittheilt, sollen alle Vorbereitungen getroffen werden, um den Congress im Laufe des Herbstes noch abzuhalten, und zwar, wenn es sich bis dahin in keiner deutschen Stadt ermöglichen läßt, in Brüssel. Für den Wohlstand eines ausländischen Stadt ja natürlich kein Hinderniß sein! Die Tagesordnung wird bis zum Herbst zweifellos eine Veränderung erfahren, wie denn auch wohl der 30. Juli eine etwas andere Situation schaffen dürfte.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „In der Affaire Robiling ist dieser Tage ein junger Mann als Gefangener hier eingeliefert worden, auf welchem der dringende Verdacht ruht, ein Complice des rucklosen Verbrechers zu sein. Kurz nach dem Attentat war der Betreffende aus Berlin verschwunden und hatte sich nach Hamburg begeben, wo er indes ermittelt und zeitlich vorläufig überbracht wurde. Am Sonntag reiste der Mann von Hamburg auf der Berlin-Hamburger Bahn ab, nachdem er ein Billet nach Berlin gelöst hatte; in Wittenberge wechselte er jedoch den Cours, indem er ein Billet nach Magdeburg nahm und dorthin fuhr. Zwei Polizeibeamte in Civil, welche dem Reisenden unbemerkt folgten, schlugen dieselbe Tour ein und beobachteten ihren Oberwachen, wie derselbe in Magdeburg eine Fahrkarte zur Reise nach Berlin kaufte; sie ließen ihn nun nach den betreffenden Zug steigen, den sie ebenfalls benutzten. Unterwegs aber, und zwar in Burg, versicherten sie sich des verdächtigen Reisenden und fanden bei der Durchsuchung in seinem Besitz einen geladenen Revolver und mehrere angeblich sehr gravirende Schriftstücke. Am folgenden Tage traf der Fremde, der, wie er zugiebt, mit Robiling in Verkehr gestanden hat, mit seiner polizeilichen Begleitung in Berlin ein und wurde in der Stadtvogtei festgesetzt.“

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Beilage, 19. Juni.

Die „Post“ kommt in ihrer Bekämpfung der nationalliberalen Partei auf die Beratungen der Straßgeschworenen vom December 1875 zurück, um an einigen Auslassungen des Abg. Lotter nachzuweisen, daß man auf nationalliberaler Seite die Gefahr des Socialismus durchaus verkannt habe. Die betreffenden Auslassungen sind aus dem Zusammenhange gerissen und, überaus bezeichnend, nicht einmal dem amtlichen stenographischen Bericht, sondern einem Auszuge der „Vossischen Zeitung“ entlehnt. Das Merkwürdigste aber ist, daß die „Post“ bei ihren historischen Forschungen eine Rede des Abg. Hamburger ganz übersieht, welche derselbe ebenfalls in der Sitzung vom 27. Januar 1876, und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die citirten Lotter'schen Ausführungen, gehalten hat. Herr Hamburger bezeichnete die Lotter'sche Anschauung als optimistisch und bewertete seinerseits wörtlich nach dem amtlichen stenographischen Bericht: „So j. B. mache ich mich gar nicht blind darüber, daß mit den socialistisch-communistischen Bewegungen auch für Deutschland recht ernsthafte Gefahren verbunden sein können, und ich habe das längst gesagt, ebe der Herr Minister Graf Culenburg sich die Mühe gegeben hat, uns darüber aufzuklären. Ich glaube auch, daß diese Ansicht von vielen meiner Parteigenossen reichlich getheilt wird. Die Frage ist nur, wie der richtige Weg einzuschlagen sei, und von diesen Gefahren möglicherweise zu befreien. Ja, meine Herren, ich will ihm sogar zugeben, daß in Deutschland diese Gefahren vielleicht stärker sind, als in irgend einer andern Nation, gerade weil die deutsche Nation sehr von idealen Anschauungen angehaucht ist, weil ihre ganze gesellschaftliche Complexion, möchte